

Xenophobie und Rassismus seit dem Jahr 1989 in den Ländern der zusammenarbeitenden Schulen

Tschechische Republik

1989 - 1993

Nach 1989 war für die tschechische Gesellschaft eine antikommunistische Einstellung charakteristisch. Rassismus wurde toleriert. Die einzige relevante politische Partei, die offen rassistisch auftrat, war die „Vereinigung für die Republik – die Republikanische Partei der Tschechoslowakei“ (SPR – RSČ). Sie hat im Wahljahr 1992 6% Stimmen erhalten und war damit im Abgeordnetenhaus präsent. Die Pressetribüne rechtsextremen Gedankenguts war die Wochenzeitung „Politika“, die 1992 wegen strafrechtlicher Verfolgung der Herausgeber eingestellt wurde. Wie in anderen postsozialistischen Ländern im Zentraleuropa kam es in der Tschechoslowakei zur Entstehung neonazistischer Organisationen der Skinheads.

1994 – 1998

Nach dem friedlichen Zerfall des gemeinsamen Staates konnte in neuen Wahlen die SPR-RSČ mit 8% der Stimmen im Parlament ihre Position stärken, blieb jedoch wie die Kommunisten isoliert und ohne Koalitionspotenzial.

1998 – bis zur Gegenwart

Seit den parlamentarischen Wahlen 1998 ist keine neonazistische Partei mehr im Parlament vertreten. Als Vertreterin rechtsextrem denkender Bevölkerung wurde die verbotene außerparlamentarische Dělnická strana (Arbeiterpartei) angesehen.

Ihre Nachfolgerin und viele informelle neonazistische Gruppierungen organisieren gegen Roma gerichtete gewalttätige Ausschreitungen und Märsche. Der neonazistische Kern wird von ca. 4000 militanten Aktivisten gebildet.

Österreich

1990-2000

Für das letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts wurden Rohr- und Briefbomben des Einzeltäters Franz Fuchs zum Schrecken. Die Opfer charakterisierte gesellschaftliches Engagement gegen Ausländerhass, Hilfeleistungen für MigrantInnen oder Zugehörigkeit zu verschiedenen Minderheiten.

Die rechtspopulistische FPÖ kam im Jahre 1999 mit 27% Wählerstimmen ins Parlament und 2000 in die Regierungskoalition, die Folge waren Proteste der Bevölkerung. Diplomatische Sanktionen durch die EU führten zur Aufstellung von zweisprachigen Ortstafeln im Burgenland.

Seit 2000

Zu den problematischsten Organisationen gehören Ring Freiheitlicher Jugend (Ein RFJ-Funktionär wurde 2008 wegen Verhetzung verurteilt) und der Bund freie Jugend. Die österreichische Gesellschaft schockierte im Jahre 2010 ein Brandanschlag gegen ein von Ausländern bewohntes Haus in Floridsdorf. Nach einem wesentlichen Stimmenrückgang am Anfang des Jahrtausends liegt die FPÖ derzeit bei 20%.

Kroatien

1989 - 2011

Die rechtsextreme Szene in Kroatien kristallisierte sich in zwei Gruppen. Die von deutschen Neonazisten inspirierte Neonazibewegung blieb unbedeutend. Die neofaschistische Neo-Ustascha-Bewegung geht auf den kroatischen Staat von 1941 zurück. Beide dieser Bewegungen sind nicht in wichtigen Parteien vertreten.

Die Kroatische Demokratische Union (HDZ) ist eine rechte Sammelpartei von konservativ bis faschistisch. Nach dem Krieg bekam sie die absolute Mehrheit in Kroatien. Sie äußerte sich immer wieder sehr positiv zur Zeit des Faschismus.

Bei den meisten gegen Minderheiten gerichteten Straftaten blieb die Polizei weitgehend passiv. Zu den bekanntesten Straftaten gehören Drohbriefe gegen Serben und Juden (2008) und gewalttätige Übergriffe auf der Pride Parade der Lesben und Schwulen im dalmatinischen Split 2009.

Seit 2012

Seit dem Jahre 2010 steigt der Druck gegen Rassismus und Rechtsradikalismus durch die Medien, ein relevantes Engagement der Regierung fehlt. Auch die Polizei beginnt aktiver zu werden. Es kommt allerdings zu Angriffen gegen Sportler anderer Hautfarbe.

Polen

Das kommunistische Erbe trug in Polen zu einer schlechten wirtschaftlichen Lage bei, die extreme Meinungen stärkte. Das öffentliche Meinungsbild wurde auch vom katholischen Antisemitismus geprägt. Der äußerte sich z.B. im ambivalenten Verhalten der katholischen Kirche zu Massenmorden an Juden in Polen. Ziele der rechtsextremen Szene waren vor allem Juden, Homosexuelle, Deutsche und Roma.

Auf der politischen Ebene handelt es sich um verschiedene Gruppierungen, die Elemente von Intoleranz in einem unterschiedlichen Maße präsentieren. Es gibt

nationalistische Verbände für junge Menschen wie die Jugendorganisation der Liga Polskich Rodzin (Liga der polnischen Familien) und die Młodzież Wszechpolska (Allpolnische Jugend). Als rechtsextreme Parteien gelten die linksnationalistische und populistische Bauernpartei Samoobrona Rzeczpospolitej Polskiej (Selbstverteidigung der Republik Polen) und die katholisch-nationalistische Liga Polskich Rodzin (Liga Polnischer Familien) (LPR). Die Vorsitzenden von Samoobrona, Andrzej Lepper, und der LPR, Roman Giertych, wurden im Mai 2006 zu Stellvertretern von Ministerpräsident Kazimierz Marcinkiewicz (PiS) ernannt. Die Parlamentswahlen im Jahre 2011 brachten eine Niederlage für Rechtsextreme.

Auch die neonazistische Szene ist aktiv. Neonazisten führen nicht selten Übergriffe auf Konzentrationslager und jüdische Friedhöfe aus.

Rumänien

1989

Der Zusammenbruch der kommunistischen Diktatur brachte eine Wiederaufbereitung der klerikal-faschistischen Legionärsideologie. Paradoxerweise haben Rechtsextremisten ähnliche Parolen wie der Diktator Ceaușescu. Rechtsextremisten waren durch die Partei Großrumänien (2004 13% Stimmen) bis 2008 im Parlament vertreten.

Unter Intoleranz leiden oft Roma, Homosexuelle und MigrantInnen. Im ersten Jahrzehnt nach der Wende kam es in etlichen Ortschaften wiederholt zu pogromartigen Überfällen auf Roma. Nicht nur in Tschechien, sondern auch in Rumänien spielen Roma eine wichtige Rolle als zentrales Feindbild. Im Jahre 2013 haben Neonazis aus Temeswar allen Roma-Frauen, die sich sterilisieren lassen, eine Prämie von 70 Euro angeboten. Das Angebot wurde vom Parlament abgelehnt. Es werden Versuche unternommen, Roma mittels positive Diskriminierung im Schulwesen in die Gesellschaft zu integrieren.

Die Situation der ungarischen Minderheit entwickelt sich positiv. Es gibt ungarische Schulen, der Kulturminister und der stellvertretende Regierungspräsident sind Ungarn.

Im Land gibt es kaum aktive Skinheadgruppen. Geheimdienst und Polizei tolerieren häufig rechtsextreme Taten. In letzter Zeit gibt es jedoch auch den Versuch von staatlicher Seite, Antidiskriminierungspolitik zu betreiben.

Zusammenfassung

In allen Ländern gab oder gibt es rechtsextremistisches Gedankengut repräsentierende politische Parteien im Parlament. In unseren Ländern werden

nationale, sexuelle und religiöse Minderheiten verfolgt. Alle Staaten haben zumindest begonnen, gegen Intoleranz Maßnahmen zu ergreifen, wenn auch in verschiedensten Ausprägungen.

Quellen:

Boj proti rasismu, xenofobii a extremismu ve střední Evropě, ISBN 978-80-905255-0-4

SWS-Rundschau, Heft 1/2000, S. 25-42

<http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/internationale-rechte-1/artikel/rechtsextremismus-in-europa-heute-rumaenien.html>

<http://www.dw.de/schwelende-gefahr-von-rechts-in-kroatien/a-15648118-1>

http://de.wikipedia.org/wiki/Rechtsextremismus_in_%C3%96sterreich

http://docs.opu.cz/Brozura_extremismus_final_CZE_web.pdf

<http://de.wikipedia.org/wiki/Rechtsextremismus#Polen>

<http://derstandard.at/3184907>

http://www.scharf-links.de/46.o.html?&tx_ttnews%5BpS%5D=1314828000&tx_ttnews%5BpL%5D=2591999&tx_ttnews%5Barc%5D=1&tx_ttnews%5Bcat%5D=25&tx_ttnews%5Btt_news%5D=18289&tx_ttnews%5BbackPid%5D=140&cHash=dod5822b72

<http://www.hagalil.com/archiv/2013/02/06/roma-6/>